Antrag

der Abg. Julia Goll u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Verwaltungsvereinbarung zur Kostenerstattung von Polizeikräften sowie die Auswirkung auf das Land und seine Polizeibeamten

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in welcher Fassung die „Verwaltungsvereinbarung über vereinfachte Regelungen und einheitliche Pauschalen für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen“ für die Abrechnung der Kosten für Polizeieinsätze in beziehungsweise für andere Bundesländer oder den Bund gilt beziehungsweise welche Vorschrift andernfalls diesbezüglich vorrangig einschlägig ist;
2. inwiefern die Regelungen und Kostensätze in den letzten drei Jahren Änderungen erfahren haben;
3. welche Kostensätze aktuell als Berechnungsgrundlage für die Kostenerstattung gelten, zumindest unter Darstellung der Kostensätze gemäß der Anlage zur Verwaltungsvereinbarung (Einsatzbedingte Mehrkosten), der Kostensätze des Bundes nach Artikel 3 Absatz 4 der oben genannten Verwaltungsvereinbarung sowie unter Darstellung der Erstattungskostensätze der Bundespolizei (orientiert an den Anlagen der Drucksache 16/2564);
4. mit welchen Bundesländern, gegebenenfalls dem Bund, insoweit abweichende Vereinbarungen bestehen;
5. in welcher Höhe in den letzten drei Jahren jeweils Zahlungen für Einsätze an andere Länder oder den Bund geleistet wurden, zumindest unter Darstellung, auf welcher jeweiligen Grundlage – so beispielsweise Betriebskosten, Verpflegungskosten, DuZ-Zulagen oder Entschädigungen für Führungs- und Einsatzmittel – diese Zahlungen in jeweiliger Höhe je Jahr geleistet wurden;

6. in welcher Höhe im gleichen Zeitraum der Bund oder die Länder Erstattungen an Baden-Württemberg geleistet haben, zumindest unter Darstellung, auf welcher jeweiligen Grundlage – so beispielsweise Betriebskosten, Verpflegungskosten, DuZ-Zulagen oder Entschädigungen für Führungs- und Einsatzmittel – diese Zahlungen in jeweiliger Höhe je Jahr geleistet wurden;
7. wie sie es vor dem Hintergrund der von der Landespolizei geleisteten Überstunden bewertet, dass deutlich mehr Unterstützung an Bund oder Länder geleistet wurde, als in Anspruch genommen wurde, zumindest unter Darstellung des Anteils der Einsatzstunden, die im Rahmen von geleisteter Unterstützung als reguläre Arbeitszeit bzw. Überstunde/Überstunden angefallen sind;
8. wie hoch die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) aktuell genau ist;
9. in welcher Höhe eine Diskrepanz besteht zwischen der vom Land erhaltenen Erstattung für Einsätze von Polizeieinsätzen und der an die Polizeibeamten gezahlten Zulagen für jene Einsätze, beispielsweise für DuZ;
10. inwieweit dem Land hier ein „Überschuss“ entstanden ist durch die verhältnismäßig höhere Erstattung durch den Bund oder die Länder und der vergleichsweise ggf. geringeren Entschädigung der eigenen Beamten;
11. inwieweit geplant ist, die ggf. bestehende Diskrepanz mittels Sonderzahlungen an betroffene Beamte auszugleichen, zumindest unter Darstellung des für die Entscheidung maßgeblichen Für und Wider;
12. inwieweit sie der These zustimmt, wonach es für andere Bundesländer finanziell und strategisch opportun sein könnte, eigene Bestände und Kapazitäten bei der Polizei (Personal und Ausrüstung) zurückzufahren und verstärkt leistungsbereite Länder oder den Bund um Unterstützung zu bitten.

18.7.2024

Goll, Weinmann, Haußmann, Dr. Timm Kern, Bonath, Brauer, Fink-Trauschel, Fischer, Heitlinger, Dr. Jung, Reith, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Die im Antrag aufgeführten Fragen, die Rechtsgrundlagen, Erstattungssätze und ggf. strategischen Überlegungen anderer Bundesländer, lieber Beamte zu „leihen“, als selbst vorzuhalten, sind unmittelbar klärungsbedürftig.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 13. August 2024 Nr. IM3-0141.5-468/40/14 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. in welcher Fassung die „Verwaltungsvereinbarung über vereinfachte Regelungen und einheitliche Pauschalen für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen“ für die Abrechnung der Kosten für Polizeieinsätze in beziehungsweise für andere Bundesländer oder den Bund gilt beziehungsweise welche Vorschriften andernfalls diesbezüglich vorrangig einschlägig ist;

Zu 1.:

Aktuell wird die Verwaltungsvereinbarung über vereinfachte Regelungen und einheitliche Pauschalen für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen vom 26. April 2007 unter Berücksichtigung der Verwaltungsvereinbarung zur Änderung der Verwaltungsvereinbarung über vereinfachte Regelungen und einheitliche Pauschalen für die Abrechnung vom 6. September 2013 angewendet.

2. inwiefern die Regelungen und Kostensätze in den letzten drei Jahren Änderungen erfahren haben;

Zu 2.:

Nachfolgend sind die Kostensätze des Bundes nach Artikel 3 Absatz 4 der Verwaltungsvereinbarung aufgeführt:

Vergütung der Mehrarbeit	ab 1.4.2021	ab 1.4.2022	ab 1.3.2024
A 5 bis A 8	16,08 €/h	16,37 €/h	18,22 €/h
A 9 bis A 12	22,09 €/h	22,49 €/h	25,03 €/h
A 13 bis A 16	30,41 €/h	30,96 €/h	34,46 €/h

Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten	ab 1.4.2021	ab 1.4.2022	ab 1.3.2024
an Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen ¹	5,57 €/h	5,67 €/h	6,31 €/h
an Samstagen von 13:00 Uhr bis 20:00 Uhr	1,32 €/h	1,34 €/h	1,49 €/h
an Werktagen (Mo. bis Sa.) von 20:00 Uhr bis 6:00 Uhr	2,62 €/h	2,67 €/h	2,97 €/h

¹ siehe § 4 EZuIV

Einsatzverpflegung/ Höchstbeträge	ab 1.1.2021	ab 1.1.2022	ab 1.1.2023	ab 1.1.2024
Frühstück (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss)	2,15 €	2,19 €	2,34 €	3,25 €
Mittag (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss)	4,07 €	4,17 €	4,44 €	6,20 €
Abend (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss)	4,07 €	4,17 €	4,44 €	6,20 €
Verpflegungsgeldtagessatz (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss)	10,29 €	10,53 €	11,22 €	15,65 €
Nachtverpflegungszuschuss ²	2,07 €	2,12 €	2,26 €	3,15 €
Erfrischungszuschuss ³	1,71 €	1,76 €	1,87 €	2,61 €

² 50 % vom Satz für Frühstück und Abend (ohne 50 % Erschwerniszuschuss); Gewährung bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen

³ 25 % vom Verpflegungsgeldtagessatz (ohne 50 % Erschwerniszuschuss); Gewährung bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen

3. welche Kostensätze aktuell als Berechnungsgrundlage für die Kostenerstattung gelten, zumindest unter Darstellung der Kostensätze gemäß der Anlage zur Verwaltungsvereinbarung (Einsatzbedingte Mehrkosten), der Kostensätze des Bundes nach Artikel 3 Absatz 4 der oben genannten Verwaltungsvereinbarung sowie unter Darstellung der Erstattungskostensätze der Bundespolizei (orientiert an den Anlagen der Drucksache 16/2564);

Zu 3.:

Die aktuellen Kostensätze können analog zur Beantwortung der Drucksache 16/2564 den Anlagen dieser Drucksache entnommen werden.

4. mit welchen Bundesländern, gegebenenfalls dem Bund, insoweit abweichende Vereinbarungen bestehen;

Zu 4.:

Vereinbarungen im Sinne der Fragestellung bestehen mit Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat.

5. in welcher Höhe in den letzten drei Jahren jeweils Zahlungen für Einsätze an andere Länder oder den Bund geleistet wurden, zumindest unter Darstellung, auf welcher jeweiligen Grundlage – so beispielsweise Betriebskosten, Verpflegungskosten, DuZ-Zulagen oder Entschädigungen für Führungs- und Einsatzmittel – diese Zahlungen in jeweiliger Höhe je Jahr geleistet wurden;

Zu 5.:

Für länderübergreifende Unterstützungseinsätze gibt es keine strukturierte Erfassung der einzelnen Positionen der Abrechnung. Es werden ausschließlich die Gesamtsummen der Abrechnungen erfasst. Eine händische Auswertung konnte jedoch aufgrund der geringen Anzahl an Abrechnungen erfolgen. Die Höhe der in den letzten drei Jahren (Jahre 2021 bis 2023) geleisteten Zahlungen für Einsätze an andere Länder und den Bund kann nachfolgender Übersicht entnommen werden:

Ein- satz- jahr	Tages- pau- schale ¹	Mehrarbeits- vergütung	DuZ ²	Reise- kosten	Ver- pfle- gung	KfZ	FEM ³	Summe
2021	576,30	71.970,94	19.789,46	0,00	401,84	14.917,68	0,00	107.656,22
2022	644,30	113.085,77	23.555,57	1.400,00	0,00	13.124,92	2.550,00	154.360,56
2023	34,00	2.344,09	569,41	50,40	0,00	2.744,50	0,00	5.742,40

Angaben in Euro

¹ Tagespauschale für Einsatzschäden, Geschäftsbedarf etc.

² Dienst zu ungünstigen Zeiten

³ Führungs- und Einsatzmittel

6. in welcher Höhe im gleichen Zeitraum der Bund oder die Länder Erstattungen an Baden-Württemberg geleistet haben, zumindest unter Darstellung, auf welcher jeweiligen Grundlage – so beispielsweise Betriebskosten, Verpflegungskosten, DuZ-Zulagen oder Entschädigungen für Führungs- und Einsatzmittel – diese Zahlungen in jeweiliger Höhe je Jahr geleistet wurden;

Zu 6.:

Für länderübergreifende Unterstützungseinsätze gibt es keine strukturierte Erfassung der einzelnen Positionen der Abrechnung. Es werden ausschließlich die Gesamtsummen der Abrechnungen erfasst. Eine händische Auswertung ginge mit unverhältnismäßigen Aufwänden einher und ist in der für die Bearbeitung parlamentarischer Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht leistbar. Eine stichprobenhafte Auswertung einzelner Abrechnungen beim Polizeipräsidium Einsatz zeigt, dass dort im Durchschnitt etwa 13 % der Erstattungen auf Einsatzmittel (u. a. Führungs- und Einsatzmittel, Kfz) und ca. 87 % auf Personalkosten (u. a. Mehrarbeitsvergütung, Dienst zu ungünstigen Zeiten) entfallen. Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass die Prozentwerte lediglich als grobe Richtwerte gesehen werden können, da die Erstattungen sowie die Verteilung auf die einzelnen Positionen vom jeweiligen Einsatzort, der Einsatzzeit sowie der Einsatzart und den erforderlichen Führungs- und Einsatzmitteln abhängig sind.

Die Höhe der in den letzten drei Jahren (Jahre 2021 bis 2023) von Bund und Ländern an Baden-Württemberg geleisteten Zahlungen belaufen sich insgesamt auf 8 366 252 Euro. Weitere Details können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Einsatzjahr	Summe in Euro
2021	3.539.085
2022	1.833.900
2023	2.993.267

7. wie sie es vor dem Hintergrund der von der Landespolizei geleisteten Überstunden bewertet, dass deutlich mehr Unterstützung an Bund oder Länder geleistet wurde, als in Anspruch genommen wurde, zumindest unter Darstellung des Anteils der Einsatzstunden, die im Rahmen von geleisteter Unterstützung als reguläre Arbeitszeit bzw. Überstunde/Überstunden angefallen sind;

Zu 7.:

Eine strukturierte Erfassung bzw. Unterscheidung von regulärer Arbeitszeit und Mehrarbeitsstunden im Zusammenhang mit länderübergreifenden Unterstützungseinsätzen im Sinne der Fragestellung findet nicht statt. Eine händische Auswertung ginge mit unverhältnismäßigen Aufwänden einher und ist in der für die Bearbeitung parlamentarischer Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht leistbar.

Gemäß § 124 Absatz 2 Polizeigesetz Baden-Württemberg ist einer Anforderung von Polizeibeamtinnen und -beamten durch ein anderes Land zu entsprechen, soweit nicht die Verwendung der Polizeibeamtinnen und -beamten im eigenen Land dringender ist als die Unterstützung der Polizei des anderen Landes. Unter dieser Maßgabe unterstützt die Landespolizei Baden-Württemberg mit eigenen Kräften im Solidarverbund der Länder punktuell und unter strikter Abwägung der eigenen Einsatzlagen mit den Einsatzanlässen in anderen Ländern.

Es ist festzuhalten, dass die Polizei Baden-Württemberg in den vergangenen drei Jahren mehr Unterstützung geleistet hat, als fremde Unterstützung benötigt wurde. Möglich ist dies zum einen dadurch, dass die Polizei des Landes stets bestrebt ist, besondere Belastungsspitzen durch vorausschauendes Einsatz- und Kräfte-Management auszugleichen, zum anderen dürfte dies aber auch daran gelegen haben, dass in Baden-Württemberg zufallsbedingt weniger kräfteintensive Großlagen auftraten, die eine Unterstützung durch andere Länder oder den Bund erforderlich gemacht hätten.

Regelmäßig ereignen sich im gesamten Bundesgebiet besondere (Groß-)Lagen oder sonstige sicherheitsrelevante Ereignisse, bei denen die Polizei zahlreiche Kräfte zur Einsatzbewältigung einsetzen muss. Dabei sind die Polizeien der Länder regelmäßig auf gegenseitige Unterstützung angewiesen, die ein tragendes Solidarprinzip in der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur darstellt. Seit Jahren leistet die baden-württembergische Polizei daher bei solchen Einsatzlagen auch über die eigene Landesgrenze hinweg Unterstützung mit Kräften und Führungs- und Einsatzmitteln. Nur durch gegenseitige Unterstützung kann die gesamtdeutsche Einsatzlage erfolgreich bewältigt werden.

Vor diesen Hintergründen bewertet die Landesregierung die Unterstützungspraxis als sachgerecht und einsatztaktisch notwendig.

Bezüglich der Mehrarbeitsstunden der Landespolizei sowie der Einsatzstunden des Polizeipräsidiums Einsatz im Rahmen von länderübergreifenden Unterstützungseinsätzen wird auf die Drucksache 17/6404 verwiesen.

8. wie hoch die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) aktuell genau ist;

Zu 8.:

Die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten beträgt gemäß § 5 der Erschwerungszulagenverordnung (EZulVOBW) für den Nachtdienst 1,28 Euro je Stunde, für Sonn- und Feiertagsdienst 3,81 Euro je Stunde, für Samstagnachmittagsdienst 0,64 Euro je Stunde und für Dienst an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres nach 12 Uhr 3,81 Euro je Stunde.

Gemäß § 4 EZulVOBW erhalten Empfänger, die dem Polizeivollzugsdienst angehören, wenn sie mit mehr als fünf Stunden im Kalendermonat zum Dienst zu ungünstigen Zeiten herangezogen werden, anstelle einer Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten eine Zulage für lageorientierten Dienst.

Die Zulage für den lageorientierten Dienst beträgt gemäß § 6 EZulVOBW für den Nachtdienst in den donnerstags, freitags und samstags und vor gesetzlichen Feiertagen beginnenden Nächten 2,91 Euro je Stunde, in den übrigen Nächten 1,28 Euro je Stunde, für Sonn- und Feiertagsdienst 3,81 Euro je Stunde, für Samstagnachmittagsdienst 0,77 Euro je Stunde und für Dienst an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres nach 12 Uhr 3,81 Euro je Stunde.

9. in welcher Höhe eine Diskrepanz besteht zwischen der vom Land erhaltenen Erstattung für Einsätze von Polizeieinsätzen und der an die Polizeibeamten gezahlten Zulagen für jene Einsätze, beispielsweise für DuZ;
10. inwieweit dem Land hier ein „Überschuss“ entstanden ist durch die verhältnismäßig höhere Erstattung durch den Bund oder die Länder und der vergleichsweise ggf. geringeren Entschädigung der eigenen Beamten;
11. inwieweit geplant ist, die ggf. bestehende Diskrepanz mittels Sonderzahlungen an betroffene Beamte auszugleichen, zumindest unter Darstellung des für die Entscheidung maßgeblichen Für und Wider;

Zu 9., 10. und 11.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs wird zu den Ziffern 9, 10 und 11 gemeinsam Stellung genommen.

In der folgenden Tabelle sind die vom Land erhaltenen Erstattungen für Dienst zu ungünstigen Zeiten sowie die gezahlte Zulage in Form von lageorientiertem Dienst an die Polizeibeamtinnen und -beamten gegenübergestellt.

	Bund § 4 EZulV	LoD § 6 EZulVOBW	Differenz
an Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen	6,31 €/h	3,81 €/h	2,50 €
an Samstagen von 13:00 Uhr bis 20:00 Uhr	1,49 €/h	0,77 €/h	0,72 €
an Werktagen (Mo. bis Sa.) von 20:00 Uhr bis 6:00 Uhr	2,97 €/h	1,28 €/h ¹	1,69 €
an den Samstagen vor Ostern und Pfingstentagen nach 12 Uhr sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres nach 12 Uhr	6,31 €/h	3,81 €/h	2,50 €

¹ Nachtdienst in den donnerstags, freitags und samstags und vor gesetzlichen Feiertagen beginnenden Nächten 2,91 €/h

Für länderübergreifende Unterstützungseinsätze gibt es keine strukturierte Erfassung, für welche Einsatzzeiten die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten geleistet wird. Eine händische Auswertung ginge mit unverhältnismäßigen Aufwänden einher und ist in der für die Bearbeitung parlamentarischer Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht leistbar.

Die Verwaltungsvereinbarung wurde zwischen den Ländern und dem Bund geschlossen, um das Abrechnungsverfahren von Unterstützungseinsätzen insgesamt zu vereinfachen. Um die Abrechnung möglichst einheitlich und übersichtlich zu gestalten, werden daher von allen Ländern pauschal die Kostensätze des Bundes zugrunde gelegt (vgl. Artikel 3 Absatz 4 und 5 der Verwaltungsvereinbarung über vereinfachte Regelungen und einheitliche Pauschale für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen). Eine Verwendung von pauschalen Kostensätzen führt zwangsläufig dazu, dass diese in einzelnen Bereichen eventuell intern festgelegte Kostensätze bzw. die tatsächlichen Aufwendungen unter- oder überschreiten. Bei einer Gegenüberstellung des Erstattungsbetrages und der tatsächlich entstandenen Kosten müssten demnach alle Kostenpositionen betrachtet werden, die im Zusammenhang mit dem Einsatz stehen. Eine separate Betrachtung einzelner Kostenpositionen, wie beispielsweise lediglich die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, ergibt kein aussagekräftiges Gesamtbild. Darüber hinaus ist in der o. g. Verwaltungsvereinbarung geregelt, dass lediglich die einsatzbedingten Mehrkosten abgerechnet werden, wie beispielsweise für Mehrarbeit oder Fahrtkosten. Die regulären Personalkosten trägt das Land selbst.

Die Höhe der Zulage für lageorientierten Dienst orientiert sich sachgemäß an den jeweiligen Zeiten, zu denen der Dienst verrichtet wird, und nicht an dem Ort, an welchem der Dienst erfolgte. Eine solche Regelung würde dem Gleichheitsprinzip und damit der einheitlichen und gleichberechtigten Behandlung der Beamtinnen

und Beamten widersprechen. Es kann nicht darauf ankommen, ob eine dienstliche Verwendung nach der o. g. Verwaltungsvereinbarung abgerechnet wird oder nicht.

Zudem erhält das Land Baden-Württemberg für den Einsatz der Beamtinnen und Beamten in anderen Ländern aufgrund der Verwaltungsvereinbarung zwar die Zulagenbeträge nach den Kostensätzen des Bundes, allerdings sind die Beträge für die Zahlungen der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten bzw. der Zulage für den lageorientierten Dienst, die in Baden-Württemberg ausgezahlt werden, in der Erschwerniszulagenverordnung geregelt. Für den Einsatz in anderen Ländern sind keine gesonderten, anderen Beträge vorgesehen. Somit ist auch eine gesetzliche Grundlage für eine solche Auszahlung nicht gegeben.

Eine Sonderzahlung für die betroffenen Beamtinnen und Beamten ist daher nicht vorgesehen.

12. inwieweit sie der These zustimmt, wonach es für andere Bundesländer finanziell und strategisch opportun sein könnte, eigene Bestände und Kapazitäten bei der Polizei (Personal und Ausrüstung) zurückzufahren und verstärkt leistungsbereite Länder oder den Bund um Unterstützung zu bitten.

Zu 12.:

Der Landesregierung liegen zu der in Rede stehenden These keinerlei Erkenntnisse vor. Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zu Ziffer 7 verwiesen.

In Vertretung

Blenke

Staatssekretär

Anlage 1

Einsatzbedingte Mehrkosten
(Angaben in EUR)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Einsatzschäden (Verlust von WuG)	Geschäftsbedarf / Post- und Telekommunikation / Vor- und Nachbereitung	Tagespauschale je Einsatzkraft (Spalten 1 und 2)	Tagespauschale x Anzahl Einsatzkräfte	Kfz-Auslagen (Fahrzeugpauschale für Betriebskosten und Verbrauchskosten ohne Unfallkosten)	Summe (km x Kosten je km)	Betriebsauslagen (Art. 3 Abs. 5)	Mehrarbeitsvergütung (Spitzenabrechnung) ³	Zulage für Dienstzuungünstigen Zeiten	Verpflegungskosten	Reisekosten ⁴ , Aufwandsentschädigung	Gesamtkosten incl. Mehrarbeit und Fahrzeugkosten
	Kosten je km			je Stunde Einsatzkraft							
je Einsatzkraft und Einsatztag	0,70 EUR	1,70 EUR		zulässiges Gesamtgewicht ² < / = 3,5t: 0,41 EUR/km							
1,00 EUR				zulässiges Gesamtgewicht ² > 3,5t: 1,50 EUR/km							

1) für Einsatzschäden bis 500,00 EUR je Schadensfall

2) Gewicht einschließlich Anhänger

3) Als Mehrarbeit ist die Zeit anzurechnen, die im Zeitraum von Montag bis Freitag über eine Regeldienstzeit von acht Stunden hinausgeht und max. 16 Stunden täglich betragen kann. Die Regeldienstzeit von acht Stunden ist um die Stundenzahl zu vermindern, die von den Einsatzkräften vor Beginn des Einsatzes an dem Tag des Einsatzbeginns bereits erbracht wurde, wenn der Dienstantritt aufgrund der Kurzfristigkeit des Anforderungsersuchens nicht mehr verschoben werden konnte.

An Sonnabenden, Sonn- und Feiertagen wird keine Regeldienstzeit in Abzug gebracht, so dass jeweils bis zu 24 Stunden täglich angerechnet werden können. Bereitschaftszeit wird im Verhältnis von 1 : 3 als Arbeitszeit anerkannt.

4) außer Reisekosten für die Vor- und Nachbereitung des Einsatzes

Kostensätze des Bundes nach Artikel 3 Abs. 4 der Verwaltungsvereinbarung¹

Vergütung für Mehrarbeit (MaV)	ab 01.04.2022	ab 01.03.2024	rechtliche Grundlage	Änderungen zum 01.04.2021 gemäß
A 5 bis A 8	16,37 €/h	18,22 €/h	§ 4 BMVergV ²	Artikel 22 BBVAnpÄndG ³ 2023/2024 vom 22. Dezember 2023 (BGBl I Nr. 414)
A 9 bis A 12	22,49 €/h	25,03 €/h		
A 13 bis A 16	30,96 €/h	34,46 €/h		
Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (Duz)	ab 01.04.2022	ab 01.03.2024	rechtliche Grundlage	Änderungen zum 01.04.2021 gemäß
an Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen ⁴	5,67 €/h	6,31 €/h	§§ 3, 4 EZuIV ⁵	Artikel 23 BBVAnpÄndG ³ 2023/2024 vom 22. Dezember 2023 (BGBl I Nr. 414)
an Samstagen von 13:00 Uhr bis 20:00 Uhr	1,34 €/h	1,49 €/h		
an Werktagen (Mo bis Sa) von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr	2,67 €/h	2,97 €/h		
Einsatzverpflegung / Höchstbeträge gem. Art. 3 IV VV	ab 01.01.2023	ab 01.01.2024	rechtliche Grundlage	Änderungen 01.01.2021 gemäß
Frühstück (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss)	2,34 €	3,25 €	§ 7 Abs. 1 SVEV ⁶ reduziert um Regiekosten (Festsetzung durch BMI/BPOLP)	Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 27. November 2023 (BGBl. I Nr. 328)
Mittag (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss)	4,44 €	6,20 €		
Abend (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss)	4,44 €	6,20 €		
Verpflegungsgeldtagessatz (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss)	11,22 €	15,65 €		
Nachtverpflegungszuschuss ⁷	2,26 €	3,15 €	Festsetzung durch BMI	
Erfrischungszuschuss ⁸	1,87 €	2,61 €		
<u>Verpflegungstagessatz</u> (inkl. 50 % Erschwerniszuschuss ⁷ , Nachtverpflegungszuschuss und Erfrischungszuschuss)				

1. Verwaltungsvereinbarung über vereinfachte Regelungen und einheitliche Pauschalen für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen, letzte Änderung bekanntgegeben durch SMI Sachsen am 6. September 2013

2. Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte des Bundes - Bundesmehrarbeitsvergütungsverordnung

3. Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz

4. siehe § 4 EZuIV

5. Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen - Erschwerniszulagenverordnung

6. Verordnung über die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung von Zuwendungen des Arbeitgebers als Arbeitsentgelt - Sozialversicherungsentgeltverordnung

7. 50 % vom Satz für Frühstück und Abend (ohne 50 % Erschwerniszuschuss); Gewährung bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen

8. 25 % vom Verpflegungsgeldtagessatz (ohne 50 % Erschwerniszuschuss); Gewährung bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen

Erstattungskostensätze für die Überlassung von Führungs- und Einsatzmittel der Bundespolizei
(EKS-FEM-BPOL - gültig ab 01.11.2021, Anwendung Verwaltungsvereinbarung ab 01.01.2022)

§ 61 BHO,
§ 11 BPOG

§ 63 BHO

Nr.	Führungs- und Einsatzmittel (FEM)	Stoffgliederungsnummer gemäß Ausstattungsanweisung für die BPOL und die BPol.	Leistungseinheit	Mehrkosten	Vollkosten
1	Krad	Kfz 14	025 002, 025 003	Fahrleistung in km 0,57 €	1,57 €
2	Pkw ohne Sonderausstattung	Kfz 20	025 010, 025 009	Fahrleistung in km 0,31 €	0,57 €
3	Pkw mit polizeitypischer Sonderausstattung	Kfz 21	025 011 bis 025 017, 025 028, 025 500, 025 501	Fahrleistung in km 0,35 €	0,89 €
4	Pkw mit polizeitypischer Sonderausstattung - getändelängig	Kfz 23-gl	025 018, 025 019, 025 502, 025 503	Fahrleistung in km 0,49 €	1,39 €
5	Pkw mit polizeitypischer Sonderausstattung - verdeckt	Kfz 24-n	025 022, 025 504	Fahrleistung in km 0,33 €	0,87 €
6	leichter Lkw	Kfz 30	025 040 bis 025 045	Fahrleistung in km 0,44 €	1,02 €
7	mittlerer Lkw	Kfz 30-2	025 047, 025 061 bis 025 063	Fahrleistung in km 0,83 €	1,54 €
8	schwerer Lkw	Kfz 30-3	025 066, 025 071	Fahrleistung in km 1,01 €	2,07 €
9	Lkw (kombi) mit polizeitypischer mit Sonderausstattung	Kfz 31	025 080 bis 025 097, 025 205, 025 505 bis 025 508	Fahrleistung in km 0,39 €	0,83 €
10	Polizei-Rettungswagen	Kfz 33	025 101	Fahrleistung in km 1,04 €	3,83 €
11	Landebasiskraftwagen zur Betankung von Hubschraubern	Kfz 35	025 121, 025 122	Fahrleistung in km 1,57 €	4,64 €
12	Pkw oder Lkw (Kombi) mit polizeitypischer Sonderausstattung zum Transport von Diensthunden	Kfz 37	025 130 bis 025 133	Fahrleistung in km 0,36 €	0,81 €
13	Lkw als Lichtmastkraftfahrzeug	Kfz 38	025 140 001	Betriebsstunde 1,12 €	2,78 €
14	Lkw als Pferdetransportkraftwagen	Kfz 39	025 031, 025 032	Fahrleistung in km 0,83 €	1,86 €
15	Lkw (Kombi) für Halbgruppen	Kfz 31-passiv und Kfz 40-a-1	025 089 bis 025 092, 025 202 bis 025 206	Fahrleistung in km 0,48 €	1,29 €
16	Bus mit mehr als 29 Sitzplätzen	Kfz 40-3, Kfz 41-2	025 160, 025 161	Fahrleistung in km 1,16 €	3,01 €
17	Bus mit bis zu 16 Sitzplätzen	Kfz 41	025 162	Fahrleistung in km 0,88 €	2,17 €
18	Bus mit bis zu 9 Sitzplätzen	Kfz 42	025 204	Fahrleistung in km 0,40 €	0,99 €
19	Allrad-Lkw mit Sonderaufbauten als (Halb-)Gruppen- oder Gerätekraftwagen	Kfz 43	025 171, 025 175, 025 176	Fahrleistung in km 0,70 €	1,43 €
20	Lkw (Kombi) mit Spezialeinrichtung zur Beweissicherung und Dokumentation	Kfz 44-1-n	025 095	Fahrleistung in km 0,51 €	2,53 €
21	(Allrad-)Lkw als Spezialgerätekraftwagen für Entschärfungsdienste oder Tauchgruppen	Kfz 45	025 174, 025 177, 025 178	Fahrleistung in km 1,32 €	3,35 €
22	Pkw oder Lkw (Kombi) für Mobile Fahndungseinheiten	Kfz 46	025 181, 025 182	Fahrleistung in km 0,31 €	0,73 €
23	Allrad-Lkw als Wärmebildkraftwagen	Kfz 47	025 183 001	Fahrleistung in km 0,51 €	1,03 €
24	Lkw als Befehlskraftwagen	Kfz 51	025 191, 025 192, 025 196	Fahrleistung in km 0,96 €	4,19 €
25	Lkw als Wasserwerferkraftwagen	Kfz 56	025 200	Fahrleistung in km 3,36 €	19,01 €
26	Gefangenentransportkraftwagen	Kfz 58	025 210, 025 211	Betriebsstunde 116,66 €	742,53 €
27	Lkw (Kombi) als Polizei-Notfallkrankenwagen	Kfz 60	025 105	Fahrleistung in km 0,67 €	3,66 €
28	Lkw als Einsatzküche oder Kühlkraftwagen	Kfz 62	025 220, 025 221, 025 222	Fahrleistung in km 2,05 €	5,88 €
29	Lkw als Instandsetzungskraftwagen	Kfz 63	025 230, 025 233	Betriebsstunde 62,97 €	216,07 €
30	Lkw mit Kranaufbau	Kfz 64	025 250	Fahrleistung in km 0,65 €	2,00 €
31	leichte und mittlere Zugmaschine	Kfz 65-1-gl und 65-2-gl	025 252, 025 253	Fahrleistung in km 6,04 €	18,20 €
32	schwere Zugmaschine	Kfz 65-3-gl	025 254	Fahrleistung in km 2,78 €	6,92 €
33	Allrad-Lkw als Feuerlöschkraftwagen	Kfz 66	025 260, 025 261	Fahrleistung in km 1,98 €	5,19 €
34	Sattelzugmaschine	Kfz 69	025 256 bis 025 259	Fahrleistung in km 3,88 €	10,63 €
35	Allrad-Lkw für leichten Telekommunikationstrupp	Kfz 71	025 292	Fahrleistung in km 0,79 €	1,75 €
36	leichter Lkw als Fernmeldeinstandsetzungskraftwagen	Kfz 75	025 293	Fahrleistung in km 1,32 €	5,30 €
37	Lautsprecherkraftwagen	Kfz 77	025 299	Fahrleistung in km 0,46 €	0,93 €
38	leichter Allrad-Lkw für leichten UKW-Funktrupp	Kfz 84	025 300	Fahrleistung in km 0,91 €	2,72 €
39	Satellitenkommunikationskraftwagen	Kfz 85	025 304	Fahrleistung in km 1,91 €	5,95 €
40	Funkbeobachtungskraftwagen	Kfz 87	025 308	Fahrleistung in km 2,14 €	7,21 €
41	geschütztes Einsatzfahrzeug 1	Kfz 91	025 330	Fahrleistung in km 0,57 €	2,23 €
42	geschütztes Einsatzfahrzeug 2 für den Bereich Luftsicherheit	Kfz 92-LuSi	025 337	Fahrleistung in km 1,78 €	19,20 €
43	geschütztes Einsatzfahrzeug 4	Kfz 94	025 331	Fahrleistung in km 4,44 €	41,13 €
44	Satteltankanhänger	Anh 31	025 416	Fahrleistung in km 5,06 €	35,75 €
45	Austauschbarer Ladungsgräger	ATL	025 432	Fahrleistung in km 2,48 €	5,89 €
46	Antennenanhänger	Anh 14-n	025 405 in Verbindung mit 030 156	Einsatztag 107,07 €	1.000,66 €
47	CBRNE-Schutzausstattung einer technischen Einsatzgruppe (Spürtechnik)		069 015, 069 021, 069 023, 069 029	Einsatztag 45,49 €	222,60 €
48	Dekontaminations-Platz (DEKON-Platz)		069 031	Einsatztag 11,21 €	55,17 €
49	Atemschutzgerät, Druckluft		067 001	Einsatztag 324,41 €	408,97 €
50	Spezialgerät Tauchdienst		045 050	Einsatztag 28,19 €	59,19 €
51	1/4 Satz Pumpentechnik		021 036	Einsatztag 37,25 €	100,33 €
52	Gruppengerät (für den Technischen Einsatzdienst)		021 001	Einsatztag 50,40 €	54,07 €
53	Spezialgerät für Technische Maßnahmen Öffnen und Lösen		021 065	Einsatztag 56,68 €	72,88 €
54	1/4 Satz Absperrgerät (s. 40 Absperrgitter)		021 020	Einsatztag 78,78 €	121,63 €
55	Satz Entschärfergerät, klein		015 005, 015 007, 015 013	Einsatztag 1,72 €	8,51 €
56	Satz Entschärfergerät, groß		015 006, 015 007, 015 013	Einsatztag 143,93 €	316,86 €
57	Stromerzeuger, fahrbar, 50 kVA		025 417	Einsatztag 261,64 €	570,13 €
58	Stromerzeuger, fahrbar, 100 kVA		025 420	Einsatztag 254,91 €	281,35 €
59	Lichtmastanhänger, schwer, 30 kVA		025 437	Einsatztag 215,41 €	252,42 €
60	Lichtmastanhänger, leicht		025 425	Einsatztag 65,31 €	96,26 €
61	Digitale Schutter-Camcorder		065 111	Einsatztag 65,31 €	82,45 €
62	Stationäres Videoauswertesystem		065 116	Betriebsstunde 1,14 €	2,80 €
63	PC-gesteuertes Videoaufzeichnungs- und -auswertegerät für schnellablaufende bewegungsvorgänge; Digitale Farbbildvideokamera (Richtsead)		065 124	Betriebsstunde 0,94 €	1,94 €
64	Schweiß- und Schneidtechnik		021 009	Betriebsstunde 8,53 €	20,97 €
65	Beleuchtungsgerät		060 043	Einsatztag 146,10 €	147,76 €
66	Gerätezeit		064 002	Betriebsstunde 2,51 €	2,53 €
67	Einsatzschiff Typ 86		045 201	Einsatztag 2,03 €	9,83 €
68	Einsatzschiff Typ 66		045 202	Betriebsstunde 275,65 €	1.194,01 €
69	Kontroll- und Streifenboot Typ 21		045 203	Betriebsstunde 556,14 €	1.504,39 €
70	Kontroll- und Streifenboot Typ 14		045 206	Betriebsstunde 229,36 €	380,42 €
71	Mehrzweckboot, schwer, Typ 8.5		045 207	Betriebsstunde 13,51 €	92,55 €
72	Mehrzweckboot, schwer, Typ 7.5		045 208	Betriebsstunde 35,88 €	548,13 €
73	Mehrzweckboot, mittel		045 030	Betriebsstunde 88,32 €	371,45 €
74	Mehrzweckboot, leicht		045 032	Betriebsstunde 15,54 €	42,07 €
75	Mobile Zwingeranlage (ohne Reinigung)		057 004	Betriebsstunde 3,95 €	10,76 €
76	Diensthund (Schutzhund)		057 002	Einsatztag 14,61 €	37,78 €
77	Diensthund (Sprengstoffspürhund)		057 002	pro angef. Einsatzstunde 12,69 €	20,30 €
78	Dienstpferd		058 003	pro angef. Einsatzstunde 17,44 €	26,81 €
79	Gepäckprüfanlage*, Handgepäck (ohne Kontrolllinie)		055 003	pro angef. Einsatzstunde 8,65 €	14,04 €
80	Gepäckprüfanlage*, Handgepäck (mit Kontrolllinie)		055 002, 055 003	Betriebsstunde 0,73 €	2,86 €
81	Körperscanner**		055 004 03X	Betriebsstunde 1,28 €	5,74 €
82	Metaldetektor**, Tor		055 004 02X	Betriebsstunde 1,93 €	5,88 €
83	Metaldetektor**, Hand		055 004 01X	Betriebsstunde 0,02 €	0,16 €
84	Sprengstoffdetektionssystem**		055 005 01X	Betriebsstunde 0,03 €	0,23 €
85	Sprengstoffdetektionssystem* für Flüssigkeiten		055 005 02X	Betriebsstunde 3,25 €	5,90 €
86	Gepäckprüfanlage, Großgepäck*		055 008	Betriebsstunde 0,21 €	1,12 €
87	Arbeitsplatzausstattung für Urkundensachverständige		061 005, 061 026	Betriebsstunde 0,72 €	1,80 €
88	Kfz mobile Urkundenprüfung (Sachausstattung, zzgl. Kfz 31)		061 009	Betriebsstunde 17,21 €	45,07 €
89	Kriminaltechnisches Labor		061 024	Betriebsstunde 4,31 €	10,80 €
90	Tatort-Kfz (Sachausstattung, zzgl. Kfz 31)		061 022	Betriebsstunde 5,47 €	12,72 €
91	Zentrales Fotolabor		065 123	Betriebsstunde 5,97 €	14,96 €
92	Aufklärungs- und Beobachtungshubschrauber (ABH)		040 003, 040 002	Betriebsstunde 6,63 €	16,62 €
93	Leichter Transporthubschrauber (LTH)		040 004	Flugstunde 1.130,93 €	7.551,46 €
94	Mittlerer Transporthubschrauber (MTH)		040 005	Flugstunde 1.636,96 €	11.971,09 €
95	luftgestützte Wärmebildsichtanlage		040 027	Flugstunde 3.017,96 €	19.888,48 €
96	Standardarbeitsplatzcomputer, einschließlich Drucker		035 010	Betriebsstunde 55,55 €	105,01 €
97	Laptop (mit Kryptokarte)		035 018, 035 040	Betriebsstunde 0,03 €	0,10 €
98	Server, komplett		035 060-064	Betriebsstunde 0,04 €	0,12 €
99	Funk-LAN		035 500	Betriebsstunde 0,18 €	1,53 €
				Einsatztag 2,03 €	8,10 €

* = ohne Röntgenabnahme, Energiekosten und Kalibrierung
** = ohne Energiekosten und Kalibrierung
*** = Informations- und Kommunikationstechnik